

Udo Weber

# *Parlaments- und Präsidentschaftswahlen in Kenia - Verlauf und Ergebnisse*

---

*Zunehmende Kritik am autokratischen Regierungsstil des seit 1978 in Kenia herrschenden Daniel Arap Moi sowie eine Reihe unlängst beschlossener Reformen führten bereits am Vorabend der Parlaments- und Präsidentschaftswahlen zu einem von Verunsicherung und Hoffnung gleichermaßen geprägten Klima im Land. Die von Moi verfolgte Machtpolitik und eine Reihe von die Opposition benachteiligenden Wahlkampfbedingungen schlossen jedoch schon früh eine ernsthafte Gefährdung der Führungsrolle der Regierungspartei KANU aus. Massive Unregelmäßigkeiten am Wahltag selbst – fehlende Wahlunterlagen und die Nichtregistrierung von Jungwählern gerade in Oppositionshochburgen – bedeuteten schließlich den erneuten Sieg Mois und somit einen empfindlichen Rückschlag für den Demokratisierungsprozeß in dem afrikanischen Land. Lediglich die trotz aller Behinderungen gestärkte Opposition sowie das sichtbare Reformstreben bestimmter Kräfte innerhalb der KANU geben Anlaß zu der Hoffnung, daß die nächsten Wahlen der Demokratie in Kenia zum endgültigen Durchbruch verhelfen werden.*

---

Die Parlaments- und Präsidentschaftswahlen in Kenia sind schon im Vorfeld international stark beachtet worden. Kenia, ein Land in dem eine große Zahl der verschiedensten Geberorganisationen aus dem Bereich der Entwicklungszusammenarbeit vertreten ist, gilt allgemein als Testfall, inwieweit der Einfluß internationaler Organisationen zu positiven Veränderungen im Demokratisierungsprozeß führen kann. Nachdem die Zahl der Krisenherde in Ost-afrika in den vergangenen Jahren stark zugenommen hat, liegt es im wirtschaftlichen und strategischen Interesse vieler westlicher Staaten, in Kenia weiterhin einen stabilen Verbündeten zu haben. Die Verschärfung der wirtschaftlichen Lage in Kenia und die zunehmenden innenpolitischen Auseinandersetzungen haben Kenia schon im vergangenen Jahr wieder stärker ins Interesse der Weltöffentlichkeit gerückt.

Der Anbruch der letzte Phase in der Ära des autokratischen Präsidenten Moi hat viele Verunsicherungen hervorge-rufen, aber auch die Hoffnungen auf einen demokratischen Wandel verstärkt. Dies spiegelte sich in vieler Hinsicht in den Wahlen des 28. und 29. Dezember wider. Das innenpolitische Spannungsfeld zwischen Reformern und Hard-linern erwies sich als prägend für alle Ereignisse im Umfeld der Wahlen. Die Trennungslinien verliefen dabei aller-dings nicht nur zwischen Regierung und Opposition, sondern auch zwischen einzelnen Oppositionsparteien sowie auch innerhalb mancher Parteien.

## **IPPG-Reformen**

Das bedeutendste Ereignis im Vorfeld der Wahlen war die Verabschiedung eines Reformpakets, das von einer Inter-party Parliamentary Group (IPPG) ausgehandelt worden war. Schon seit Anfang 1997 hatten Kirchen, Verbände und andere Organisationen der Zivilgesellschaft unter dem Dach der National Convention Assembly (NCA) Reformen vor der Durchführung der Wahlen gefordert. Mehrere Großdemonstrationen, die von diesem Zusammenschluß der Zivilgesellschaft organisiert worden waren, belegten dabei eindeutig, daß auch die Bevölkerung hinter den Forderungen nach Reformen stand. Die Regierung zeigte sich anfangs wenig verhandlungsbereit und ging mit massiver Polizeigewalt gegen die Demonstrationen vor. Erst nachdem es zu weitreichenden internationalen Protesten aufgrund von Todesfällen bei den Demonstrationen kam, lenkte die kenianische Regierung ein und ließ Gespräche über Reformen zu. Der Zusammenschluß der Zivilgesellschaft wurde dabei jedoch nicht als Verhandlungspartner anerkannt. Umgesetzt wurde ein Regierungsvorschlag zu Gesprächen auf parlamentarischer Ebene, der schließlich zu den sogenannten Minimalreformen der IPPG führte.

Die Ergebnisse der IPPG-Gespräche stellten vor allem Empfehlungen dar, von denen viele noch umgesetzt werden müssen. So wurde zum Beispiel eine staatliche Parteienfinanzierung, eine Frauenquote fürs Parlament und eine Reform des Gesetzes zur öffentlichen Ordnung angeregt. Konkretere Ergebnisse wurden in anderen Bereichen erzielt. So wurden nach Abschluß der Gespräche dreizehn weitere Parteien zugelassen, deren Registrierung bisher von der Regierung verschleppt worden war. Kundgebungen konnten störungsfrei und ohne Genehmigung durch die lokalen Verwaltungen durchgeführt werden und das staatliche Fernsehen berichtete auch über Kandidaten der Oppositionsparteien. Ferner wurde die Erweiterung der Wahlkommission um Vertreter der Oppositionsparteien und die Einrichtung einer Verfassungsreformkommission nach den Wahlen beschlossen. Für die Zusammensetzung des neuen Parlaments wurde vereinbart, die zwölf zusätzlichen Abgeordneten, die bisher vom Präsidenten ernannt wurden, künftig entsprechend dem Parteienproporz zu besetzen.

Das politische Ziel der Regierung war es, die politischen Parteien durch die IPPG-Reformen wieder in den Wahlprozeß einzubinden. Die vorher aufgekommenen Forderungen zum Wahlboykott verstummten weitgehend und die Parteien begannen ihr Hauptaugenmerk auf den Wahlkampf zu lenken. Den weitergehenden Reformforderungen der Zivilgesellschaft wurde dadurch gleichzeitig der Wind aus den Segeln genommen, da ihr politischer Einfluß ohne die parlamentarische Unterstützung der Oppositionsparteien nur begrenzt blieb. Die beteiligten Parteien erhofften sich durch die Reformen eine Schwächung der Regierungspartei KANU (Kenya African National Union) und damit verbunden eine günstigere Ausgangsposition. Der Abschluß der IPPG-Gespräche zeigte, daß weitergehende Reformen in der Prioritätenliste der Oppositionsparteien deutlich hinter einer günstigen Ausgangsposition für die Wahlen zurückblieben. Die Zusammenarbeit der Oppositionsparteien mit dem Zusammenschluß der Zivilgesellschaft (NCA) nahm dadurch nachhaltigen Schaden.

## **Parteien und Präsidentschaftskandidaten**

### *Die Regierungspartei KANU*

Die dominierende politische Kraft in Kenia ist nach wie vor die ehemalige Einheitspartei KANU, deren Vorsitzender Daniel Arap Moi seit 1978 das Land regiert. KANU sieht sich als einzige wirklich nationale Partei, da sie als einzige Partei Kandidaten in allen Wahlkreisen aufstellen konnte. Dies ist jedoch letztlich eine Folge der Divide-et-impera-Politik von Präsident Moi, mit der er es seit fast 20 Jahren erreicht, daß seine politischen Gegner sich mehr miteinander als mit ihm beschäftigen. KANU ist als Herrschaftsinstrument deutlich auf die Person Arap Mois zugeschnitten. So sind fast alle wichtigen Positionen (wie auch in der staatlichen Verwaltung) mit Kalenjin, den Mitgliedern von Mois Volksgruppe, besetzt. In jüngster Zeit werden allerdings innerhalb der KANU deutliche Anzeichen für einen Kampf um die günstigste Ausgangsposition für die Nachfolge Mois, der offiziell seine letzte Amtszeit angetreten hat, sichtbar. So wurde in der Presse zwischenzeitlich von Auseinandersetzungen zwischen KANU A, einer Gruppe um den im neuen Kabinett zum Finanzminister berufenen Nyachae und KANU B, einer Gruppe um den ehemaligen Vizepräsidenten Saitoti und den Minister im

Präsidentenamt, Biwott, berichtet. Die Wahlen haben scheinbar eine Patt-Situation zwischen beiden Gruppen erzeugt. Nyachae konnte seine Position durch den Wechsel ins Finanzministerium verbessern, während Saitoti nicht wieder zum Vizepräsidenten ernannt wurde. Da das Amt des Vizepräsidenten derzeit noch vakant ist, kann man davon ausgehen, daß die Machtkämpfe im inneren Führungskreis der KANU noch nicht entschieden sind.

### *Die größeren Oppositionsparteien*

Entsprechend der Ethnisierung der politischen Landschaft in Kenia lassen sich die etwa 16 Oppositionsparteien in zwei Gruppen aufteilen. Die erste Gruppe bildet sich aus den Parteien, die die größeren Ethnien Kenias repräsentieren:

- die Democratic Party (DP) von Mwai Kibaki;
- die National Development Party (NDP) von Raila Odinga;
- FORD-Kenya unter Kijana Wamalwa;
- die Social Democratic Party (SDP) von Charity Ngilu.

Diese Parteien werden jeweils zu 60 bis 80 Prozent von einer einzigen ethnischen Gruppe unterstützt.

Die DP ist die politische Vertretung der größten Ethnie Kenias, der Kikuyus (ca. 20 Prozent der Bevölkerung) und den mit Ihnen verwandten Embu und Meru. Kibaki war Vizepräsident unter Moi und gilt als ausgewiesener Wirtschaftsexperte. In diesem Feld liegen auch die programmatischen Schwerpunkte der DP. Die DP zeigte in den vergangenen Jahren – und das hat sich auch in diesen Wahlen bestätigt – Verbreitungstendenzen über ihr klassisches Wählerpotential hinaus. In vielen Gegenden Kenias gibt es jedoch starke Vorbehalte gegen die DP, da man bei einem Wahlerfolg dieser Partei befürchtet, die Dominanz der Kikuyus würde, wie schon einmal unter Präsident Kenyatta, eine einseitige Förderung des Kikuyugebiets zu Lasten der Regionen aller anderen Ethnien mit sich bringen.

Mit dem Eintritt Raila Odingas in die NDP wurde diese Partei zur Partei der Luos. Odinga lebt politisch vom Ruf seines Vaters Oginga Odinga, der sowohl im Amt des Vizepräsidenten als auch später in der Opposition, deren Führer er wurde, hohes Ansehen genoß. Da Raila Odinga jedoch nicht das politische Talent seines Vaters besitzt, bleibt seine politische Unterstützung auf die Volksgruppe der Luo begrenzt, die etwa 13 Prozent der kenianischen Bevölkerung ausmachen.

Eine ähnlich starke ethnische Begrenzung hat die Partei FORD-Kenya, deren Vorsitzender Kijana Wamalwa die Luhyas aus Kenias Western Province vertritt.

Besondere Beachtung im Ausland fand das Auftreten von Charity Ngilu, mit der sich erstmals eine Frau um die Präsidentschaft in Kenia bewarb. Ursprünglich Mitglied der Democratic Party, trat sie für die Social Democratic Party an und machte insbesondere Themen wie Korruption und soziale Gerechtigkeit zu Schwerpunkten ihrer Wahlkampfaußagen. Ngilu sprach damit besonders jene Wählergruppen an, die in den letzten Wahlen ihre Unterstützung Kenneth Matiba gewährten: die einfacheren Bevölkerungsschichten unter den Kikuyu, Embu und Meru in der Central Province. Matiba war bei den Präsidentschaftswahlen 1992 mit 26 Prozent der Stimmen Zweiter geworden. Diesmal hatte er jedoch zu einem Wahlboykott aufgerufen und sich damit ins politische Abseits manövriert. Die Führung seiner Partei FORD-Asili wurde von Martin Shikuku übernommen, der jedoch als 'Königsmörder' ohne Unterstützung in der Bevölkerung blieb.

### *Die kleineren Parteien*

Neben den vier größeren Oppositionsparteien haben sich die Kandidaten von zwölf kleineren Parteien in den Wahlen um Parlamentssitze oder die Präsidentschaft beworben. Außer profilierten Einzelpersonlichkeiten (z.B. Koigi Wamwere, George Anyona oder Prof. Wangari Mathai) konnten sie in der Regel jedoch weder ein Programm präsentieren noch nennenswerte Teile der Bevölkerung für sich mobilisieren.

Eine Ausnahme stellt hier SAFINA dar, die als letzte Partei zu den Wahlen zugelassen wurde. Mit Paul Muite und Richard Leakey als Führungspersonlichkeiten wurden ihr zumindest Achtungserfolge zugetraut. Zudem wird SAFINA nicht als ethnische Partei angesehen, was ihr im Vorfeld der Registrierung den Widerstand der Regierung einbrachte, die ihre Erfolgchancen nicht abschätzen konnte.

### **Aufstellung der Kandidaten**

Nach Bekanntgabe des Wahltermins Mitte November hatten die Parteien bis zum 3. Dezember Zeit, der Wahlkommission ihre Kandidaten für die Parlaments- und Präsidentschaftswahlen zu benennen. Für die insgesamt 210 Wahlkreise wurden 882 Kandidaten von den Parteien vorgeschlagen.

Die Zwischenfälle beim Nominierungsprozeß innerhalb der Parteien ließen für den kommenden Wahlgang nichts Gutes ahnen: Unterlagen wurden manipuliert, Wählerstimmen gekauft und bestimmte Kandidaten von den Parteivorsitzenden ohne Konsultation der Basis ernannt. Letzteres traf besonders auf KANU und die NDP Raila Odingas zu, der innerparteilich einen sehr autoritären Führungsstil zeigt.

Die Nominierungen innerhalb der KANU ließen deutlich die Spuren von Machtkämpfen und Generationenkonflikten in der Partei erkennen. So verfehlten sechs Minister und eine Reihe stellvertretender Minister die Nominierung und büßten damit die Aussicht auf eine Rückkehr in Parlament und Regierung ein. Betroffen war davon unter anderem auch der Bildungsminister Joseph Kamotho, der zugleich Generalsekretär von KANU ist. Kamotho wurde jedoch nach den Wahlen von KANU für einen der zwölf zusätzlichen Parlamentssitze nominiert, die die Parteien entsprechend ihrem Wahlergebnis besetzen können. In 13 Wahlkreisen gelang es keiner Oppositionspartei, einen Kandidaten aufzustellen. Die Bewerber von KANU zogen daher in diesen Wahlkreisen automatisch ins Parlament ein (*unopposed*).

Ein Phänomen, das wie kaum etwas anderes die öffentlichen Diskussionen in der Nominierungsphase bestimmte, war der gehäufte Parteienwechsel von Bewerbern. Wenn die Nominierung in Partei A ein Mißerfolg war, versuchten viele bei Partei B und später vielleicht bei Partei C eine Nominierung zu erreichen. Der Abgeordnete George Nyanja wechselte so sechsmal die Partei, um schließlich für NDP ins Parlament einzuziehen. Um die Bevölkerung über Parteiaustritte und Übertritte auf dem laufenden zu halten, veröffentlichte die Tageszeitung *Nation* den aktuellsten Stand der Übertritte täglich in Form einer Tabelle.

### **Der Wahlkampf**

Die offizielle Wahlkampfzeit für die Bewerber um die Parlamentssitze und das Präsidentenamt lag zwischen der Registrierung der Kandidatur durch die Wahlkommission Anfang Dezember und dem Wahltermin. Somit hatten die Kandidaten zwischen 20 und 24 Tagen Zeit, sich und ihre Vorstellungen dem Wahlvolk näherzubringen. Die Präsidentschaftsbewerber waren in der Regel schon länger bekannt und hatten meist auch schon eine Art

Vorwahlkampf geführt. Für die Bewerber um die Abgeordnetenmandate war der Zeitraum für einen Wahlkampf jedoch denkbar knapp, zumal auch noch die Weihnachtsfeiertage kurz vor den Wahlen lagen.

Von den Kandidaten und Parteien wurden Pressekonferenzen und Kundgebungen als bevorzugte Wahlkampfmittel eingesetzt. Zur Finanzierung des Wahlkampfs hielten die großen Parteien *fundraising dinners* ab. Ein Essen zugunsten KANU brachte innerhalb von zwei Stunden über 100 Millionen kenianische Schillinge (ca. 3,1 Millionen DM) ein. Bei vergleichbaren Ereignissen der anderen Parteien kamen selten mehr als 1 Million Schillinge zusammen. Die kleineren Parteien des kenianischen Parteienspektrums finanzierten sich überwiegend aus den Privatmitteln ihrer Vorsitzenden und Kandidaten.

In vielen Regionen Kenias war der Wahlkampf von gewalttätigen Auseinandersetzungen geprägt. Die Anhänger verschiedener Parteien lieferten sich Straßenschlachten, die zu einer ganzen Reihe von Todesfällen führten. Nicht selten wurden auch Kandidaten angegriffen und die Konvois von Präsidentschaftskandidaten mit Steinen beworfen. Da die Polizei und die Sicherheitskräfte in der Regel Partei ergriffen, verminderten sie die Spannungen nicht, sondern bewirkten eher weitere Eskalationen und mißbrauchten ihren Auftrag zur einseitigen Verfolgung von Oppositionsanhängern.

Besonders in Gegenden, in denen einzelne Parteien stark dominieren, den sogenannten KANU-Zonen des Rift Valleys oder in der Provinz Nyanza mit ihrer großen NDP-Anhängerschaft mußten Sympathisanten anderer Parteien um ihr Leben fürchten. Wie 1992 kam es im Vorfeld der Wahlen zu ethnischen Auseinandersetzungen, die vor allem dem Zweck dienten, als oppositionell zur Bevölkerungsmehrheit angesehene Bevölkerungsgruppen aus bestimmten Gebieten zu vertreiben. Die Regierung blieb bei diesen Auseinandersetzungen eher untätig und schritt z.B. in Likoni/Mombasa erst nach internationalen Protesten ein.

## **Wahlgang und Wahlbeobachtung**

Der Wahlgang am 29. Dezember war durch ein ungeheures Chaos gekennzeichnet. In vielen Wahllokalen fehlte es an einer ausreichenden Zahl von Stimmzetteln oder Wahlurnen. Häufig wurden auch die Stimmzettel für die falschen Wahlkreise angeliefert. Besonders in den Hochburgen der Opposition fehlte es an ausreichenden Wahlmaterialien. Völlig überraschend für die meisten Beteiligten wurde am Ende des ersten Tages die Fortsetzung der Wahlen am folgenden Tag angekündigt. Diese Nachricht erreichte viele Wähler, die sich schon vergeblich auf den Heimweg gemacht hatten, nicht mehr. Andererseits schienen die Kandidaten der KANU auf eine Verlängerung des Wahlgangs vorbereitet gewesen zu sein, da sie zum Teil schon vor der Verlautbarung der Wahlkommission ihren Anhängern empfahlen, am nächsten Tag wiederzukommen. In manchen Wahlbezirken wurde der Wahlgang aufgrund der chaotischen Situation um bis zu einer Woche verlängert. Dies ermöglichte eine ganze Reihe von Wahlmanipulationen, da Wahlurnen über mehrere Tage zwischengelagert wurden, Transportwege unklar waren und bei Wählern und Wahlhelfern große Verunsicherung über die Wahlprozeduren herrschte.

Schon vor den Wahlen hatte die KANU die Möglichkeiten des Regierungsapparats zur Beeinflussung der Wahlen genutzt. So wurde die Registrierung von Jungwählern in Oppositionsgebieten verhindert, indem keine Personalausweise ausgestellt wurden, die zur Wählerregistrierung benötigt wurden. Der Zuschnitt der Wahlkreise begünstigt ebenfalls deutlich die KANU. In den als KANU-Zonen bezeichneten Gebieten des Rift Valley sowie in Nord- und Nordostkenia leben in vielen Wahlkreisen etwa 20.000 Menschen. Die Wahlkreise in der oppositionellen Provinz Nairobi sowie der dicht von Kikuyus besiedelten Central Province umfassen zum Teil über 100.000 Wahlberechtigte. Schließlich wurde kurz vor der Wahl der Vorsitzende der Wahlkommission Chesoni zum obersten Richter des Landes berufen. Dadurch kann er als letzte Instanz über Einsprüche zu einer Wahl befinden, die er selbst vorbereitet hat.

Die oben beschriebene Verunsicherung war auch bei den meisten Wahlbeobachtern festzustellen. Insgesamt 28.000 lokale Wahlbeobachter wurden von den Kirchen über die Verbände Catholic Justice and Peace Commission (CJPC), National Council of Churches in Kenya (NCCCK) und Institute for Education in Democracy (IED) eingesetzt. Da bei dieser hohen Zahl nicht alle in Trainingsprogramme einbezogen werden konnten, blieb die Wirkung der lokalen Wahlbeobachter eher begrenzt. Nicht selten waren die Wahlbeobachter junge Menschen aus kirchlichen Gruppen, die am Wahltag ehemaligen Lehrern und Schulleitern gegenüberstanden, die in die örtlichen Wahlaus-schüsse berufen worden waren. In diesen Situationen konnte kaum mit einem kritischen Hinterfragen des Wahlvor-gangs gerechnet werden. Auf nationaler Ebene wurde von den beteiligten Organisationen zumindest deutliche Kritik am Wahlvorgang und den feststellbaren Manipulationen geübt. Auf die Festsetzung der Ergebnisse hatte dies je-doch keine Auswirkungen.

## Die Wahlergebnisse

Wie die meisten Beobachter erwartet hatten, wurde Daniel Arap Moi durch die Präsidentschaftswahlen in seinem Amt bestätigt. Die Stimmenauszählung war noch nicht abgeschlossen, als der Vorsitzende der Wahlkommission am 4. Januar Moi zum Sieger der Wahlen erklärte. Die Vereidigung erfolgte am Tag darauf. Zur Begründung für die vorzeitige Bestätigung Moisis wurde angegeben, daß der Vorsprung gegenüber dem zweitplazierten Kandidaten grös-ser als die Zahl der noch auszuzählenden Stimmen sei.

## Ergebnisse der Präsidentschaftswahlen

Kandidat	Stimmen	Prozent
Daniel Arap Moi	2.477.414	40,12 Prozent
Mwai Kibaki	1.852.967	31,09 Prozent
Raila Odinga	739.037	10,92 Prozent
Kijana Wamalwa	513.121	8,29 Prozent
Charity Ngilu	448.117	7,71 Prozent
Martin Shikuku	30.302	0,60 Prozent

Moi erhielt auch die erforderliche Mindestzahl von 25 Prozent der Stimmen in fünf Provinzen. Er erreichte diesen Stimmenanteil in Coast, Rift Valley, North Eastern, Eastern und Western Province. In den übrigen drei Provinzen (Nairobi, Nyanza, Central) lag der Stimmenanteil Moisis deutlich unter 25 Prozent.

Als enttäuschend wird allgemein das Abschneiden von Charity Ngilu gewertet, dem weit mehr als ein fünfter Platz zugetraut worden war. Hier spielt wohl die Tatsache eine Rolle, daß viele Kenianer sich keine Frauen in Führungs-positionen vorstellen können. Dies spiegelt sich auch in der Zusammensetzung des Parlaments wider, in das nur vier Frauen gewählt wurden.

## Ergebnisse der Parlamentswahlen

Partei	gewählt	ernannt	gesamt	Abgeordnete im Juni '97
KANU	108	6	114	110 (+12 Nominierte)
DP	39	2	41	22
NDP	21	1	22	1
FORD-Kenya	17	1	18	31
SDP	15	1	16	0

SAFINA	4	1	5	0
FORD-People	3	0	3	0
SHIRIKISHO	1	0	1	0
FORD-Asili	1	0	1	23
KSC	1	0	1	1
Insgesamt	210	12	222	200

Die Parlamentswahlen endeten für KANU mit einer Überraschung. Mit 114 von 222 Sitzen erreichte KANU nur knapp die absolute Mehrheit der Stimmen. Im aufgelösten Parlament hatte KANU mit 122 von 200 Sitzen eine erheblich komfortablere Mehrheit.

Das neue Parlament unterscheidet sich, wie obige Tabelle zeigt, deutlich vom vorherigen. Die DP konnte die Zahl ihrer Abgeordneten fast verdoppeln und stellt nun die stärkste Oppositionsfraktion. Zweitstärkste Kraft in der Opposition ist die NDP, die im vorigen Parlament nur mit Raila Odinga vertreten war, der den Sitz in einer Nachwahl für die NDP gewonnen hatte. Stärkster Verlierer ist FORD-Asili, die in Folge des Ausscheidens von Kenneth Mati-ba nur noch einen Parlamentssitz gewinnen konnte. Die von FORD-Asili verlorenen Sitze dürften etwa in gleicher Zahl an die DP, SDP und FORD-Kenya gegangen sein. FORD-Kenya hat wiederum die 1997 von ihr gewonnenen Wahlkreise in Nyanza an die NDP abgeben müssen. 22 Wahlkreise wurden vor den Wahlen neu eingerichtet. Da die Zahl der KANU-Wahlkreise von 110 auf 108 leicht gesunken ist, scheint von den Neueinrichtungen vor allem die Opposition profitiert zu haben. Über 50 Prozent der Abgeordneten sind erstmalig im Parlament vertreten.

Die Wahlergebnisse bestätigen den Trend der letzten Jahre zur Ethnisierung des Parteienspektrums. DP, NDP, FORD-Kenya und SDP sind fast ausschließlich von den Bevölkerungsgruppen ihrer jeweiligen Vorsitzenden gewählt worden. Die Prozentzahlen sind in einigen Fällen fast deckungsgleich mit dem Bevölkerungsanteil der entsprechenden Ethnien und der ihnen verwandten Gruppen. KANU läßt sich als Allianz der kleineren Volksgruppen Kenias verstehen, die die Regierungsübernahme durch eine der großen Gruppen verhindern möchten.

Die Veränderungen gegenüber der Zusammensetzung des vorherigen Parlaments beruhen vor allem auf Abspaltungen und wechselnden Loyalitäten (z.B. Luos um Odinga von FORD-Kenya zu NDP), sowie dem Ausscheiden eines bedeutenden Akteurs (Kenneth Matiba), dessen Funktion durch Ngilu und die SDP neu besetzt wurde.

Als politisch bedeutsam dürfte sich im neuen Parlament nur der relative Machtrückgang erweisen, den KANU trotz aller Wahlbeeinflussungen zu verzeichnen hat. Mit der knappen Mehrheit von drei Stimmen gewinnen die Auseinandersetzungen im Parlament an Gewicht und müssen von der Regierung stärker beachtet werden als in der Vergangenheit. Zudem wird sich KANU in dem geplanten Verfahren zur Reform der Verfassung nun Verbündete suchen müssen, mit denen eine Zweidrittelmehrheit erzielt werden kann.

## Schlußfolgerungen

Als positives Ergebnis der Wahlen läßt sich sicher die verbesserte Ausgangsposition der Opposition für die anstehenden Gespräche um eine Reform der Verfassung festhalten. KANU ist weit von einer Zweidrittelmehrheit entfernt, was andererseits auch die Gefahr einer Blockade in sich birgt, da ohne KANU ebenfalls keine Zweidrittelmehrheit zustande kommen kann.

Der Wahlgang als solcher ist kein Ruhmeskapitel in den Bemühungen um mehr Demokratie in Kenia. Die Oppositionsparteien haben sich als unfähig zur Kooperation erwiesen und im Wahlkampf eher gegeneinander als gegen die Regierung gekämpft. Diese wiederum schreckte vor keinen Machenschaften zurück, um das Wahlergebnis in ihrem Sinne zu beeinflussen. Die wahlbeobachtenden Organisationen haben sich mit der Größenordnung ihrer Aktion übernommen und daher oft nur Präsenz zeigen können, anstatt die Funktion eines unabhängigen Korrektivs wahrzunehmen. Die Einflußversuche internationaler Geber haben nur zu Lippenbekenntnissen geführt und keine substantiellen Veränderungen bewirkt.

Die neue Regierung ist nun in der letzten Amtszeit Mois mit der Austragung von Kämpfen um die Nachfolge des Präsidenten belastet. Dies stärkt die allgemeine Verunsicherung, könnte aber auch eine Chance für die Reformkräfte sein, die es auch innerhalb der KANU gibt. In Verbindung mit einer gestärkten Opposition im Parlament könnte dies im IPPG-Kreis von KANU und Opposition, der auch in der neuen Legislaturperiode weiter arbeiten wird, zu neuen Impulsen führen. Da auch die Zivilgesellschaft verstärkt am Thema Verfassungsreformen arbeitet, dürfte darin der Schlüssel für die künftige politische Entwicklung des Landes liegen. Hier könnten die Voraussetzungen geschaffen werden, unter denen die nächsten Wahlen die Chance haben, in einem faireren Rahmen durchgeführt zu werden.

Das Manuskript wurde am 30. Januar 1998 abgeschlossen.

-----  
*Udo Weber* ist Landesbeauftragter der Konrad-Adenauer-Stiftung in Kenia